

Nach den heftigen Corona-Ausbrüchen in verschiedenen Fleisch- und Schlachtbetrieben und der anschließenden Diskussion um die Arbeits- und Lebensbedingungen der dortigen Arbeiter hat das Bundeskabinett einen Gesetzentwurf von Bundesarbeitsminister Hubertus Heil (SPD) zum Verbot von Werkverträgen und Leiharbeit in der Fleischindustrie beschlossen. Im WELT-Interview kritisiert Heike Harstick, die Hauptgeschäftsführerin des Verbands der Fleischwirtschaft (VDF), große Teile der Gesetzesinitiative. Außerdem spricht die Verbandschefin über die Folgen für die Branche und ihre Sicht auf Werkverträge.

VON CARSTEN DIERIG

**WELT:** Frau Harstick, der angekündigte Gesetzentwurf zur strikten Reglementierung der Fleischindustrie liegt vor. Und jetzt?

**HEIKE HARSTICK:** Jetzt geht dieses Gesetz zur Diskussion in den Bundestag. Und ich hoffe, dass wir im Zuge dessen ein ordentliches Anhörungsverfahren bekommen, um unsere Bedenken zu äußern. Denn bislang hatten wir keine 24 Stunden Zeit, zu diesem Gesetz Stellung zu nehmen. Und der Entwurf ist sehr, sehr umfangreich. Aber Herr Heil hat uns zugesagt, auch mit uns zu sprechen. Hoffentlich wird das nun eingelöst. Denn es gibt noch einiges zu sagen.

**Welche Kritik haben Sie?**

Ich habe einige Stellen des Gesetzestextes mehrfach gelesen und trotzdem nicht endgültig verstanden. Dabei könnte es so einfach sein: Wenn man Werkverträge verbieten will, kann man das mit einem einzigen Satz erledigen. Gegen ein solches Verbot haben wir als Fleischwirtschaft auch gar nichts einzuwenden. Einen solch einfachen Satz gibt es aber nicht, dafür aber viele sehr schwammige Formulierungen. Und die haben es teils in sich. Selbst Juristen sagen uns, dass etliche Textstellen sehr merkwürdig formuliert sind.

**Was meinen Sie?**

Das Kernstück des Gesetzes ist sehr weitreichend, lässt dabei aber reichlich Interpretationsspielraum. Teilweise weiß man gar nicht, was noch erlaubt ist und was nicht. Es kann sich also niemand darauf verlassen, was am Ende wie ausgelegt wird. Und das bei einem Strafmaß von 500.000 Euro. Noch dazu geht es tief hinein in die gesellschaftsrechtlichen Strukturen der Unternehmen. Die werden teils komplett infrage gestellt, indem zum Beispiel der Begriff des Inhabers neu gefasst wird und Kooperationen, Doppelgesellschaften oder sogar Lohnschlachtungen untersagt werden. Gerade letztes ist aber üblich und wichtig, wenn zum Beispiel ein Unternehmen einen riesigen Auftrag von einem Lebensmitteleinzelhändler bekommt, aber nicht genug Fleisch oder Schlachtkapazitäten hat. Das alles steht nun infrage, hat aber doch mit den Arbeitsbedingungen für die Arbeiter nichts zu tun. Stattdessen werden unternehmerische Freiheiten beschnitten. Damit schießt Herr Heil weit über das Ziel hinaus. Das finde ich sehr kritisch.



Eine Gesetzesinitiative für die Fleischbranche soll die Arbeitsbedingungen verbessern

## „Damit schießt Herr Heil weit über das Ziel hinaus“

Der Bundesarbeitsminister hat einen Gesetzesentwurf zum Verbot von Werkverträgen in der Fleischindustrie vorgelegt. Der Verband der Fleischwirtschaft kritisiert die Initiative scharf

**Im Gegensatz zum Verbot von Werkverträgen...**

Nochmal: Gegen das Verbot von Werkverträgen haben wir nichts einzuwenden. Und auch mit den meisten Regelungen zum Arbeitsschutz haben wir kein Problem. Gleiches gilt für die elektronische Zeiterfassung. Wir unterstützen zudem, dass es bundeseinheitliche Regelungen gibt, die gut und wirksam kontrolliert werden. Denn wir wollen als Fleischindustrie keine Angriffspunkte mehr liefern. Im Gegenteil: Wir übernehmen gerne die volle Verantwortung für unsere Arbeitnehmer. Wir befürchten allerdings, dass der vorliegende Gesetzentwurf mit seinen schwammigen Begründungen europa- und verfassungsrechtlich nicht standhält. Damit ergibt sich aber eine erhebliche und unzumutbare Rechtsunsicherheit für die Betriebe. Darüber hinaus halten wir das gleichzeitige Verbot von Leiharbeit für unverhältnismäßig und zum Erreichen der Ziele dieses Gesetzes auch gar nicht nötig.

**Warum geht es nicht ohne Leiharbeit?**

Wir brauchen zwingend ein Instrument, um Spitzen abzudecken in der Produktion. Nehmen Sie alleine die Grillsaison. In dieser Zeit wollen viele Verbraucher gleichzeitig Fleisch und Würstchen. Die Produktion liegt dann in den betreffenden Betrieben teils 40 oder 50 Prozent höher. Das geht in diesen Zeiten aber nicht allein mit der Stammebelegschaft. Oder nehmen Sie den Fall, dass mehrere Mitarbeiter gleichzeitig ausfallen: Wie soll ein Unternehmen dann weiterarbeiten? Da kann man nicht von heute auf morgen neue Leute einstellen. Solche Dinge muss die Politik einfach mal bedenken.

**Wie offen sind die Ohren der Politik?**

Ich hoffe, dass wir nach der emotional aufgeheizten Stimmung der vergangenen Wochen zu einer gewissen Sachlichkeit zurückfinden. Denn hier wird ja gerade eine ganze Branche gemaßregelt aufgrund von Vorwürfen, die aber nicht die gesamte Branche betreffen. Es gibt sicherlich schwarze Schafe, die Arbeitszeiten nicht einhalten und schlechte Wohnungen bieten. Es gibt aber auch hunderte Betriebe, in denen die Situation anders ist, die zum Beispiel für ihre Arbeitnehmer Häuser gebaut haben, ihnen Betreuer an die Seite stellen für Behördengänge und die Suche nach Kindergartenplätzen oder auch Abos im Fitnessstudio und den Sportverein bezahlen. Aber das will keiner hören – weder in der Politik noch in der Öffentlichkeit. Wir stehen jetzt als Fleischwirtschaft mit dem Rücken an der Wand und sind ein beliebter Sündenbock für alles mögliche in der Welt. Und da haut jetzt jeder immer und immer wieder drauf. Das geht bis ins Persönliche. Kinder müssen sich in der Schule rechtfertigen, dass die Eltern einen Fleischbetrieb haben. Das zehrt richtig an der Psyche der einzelnen Personen in dieser Branche.

**Wie froh sind Sie, das Thema Werkverträge bald los zu sein?**

Der Werkvertrag ist derzeit der Begriff für das Böse. Aber letztendlich ist es gar nicht der Werkvertrag. Denn die Menschen werden am Ende vielfach dieselben sein, die da zusammenarbeiten. Und auch die Unterkünfte werden nicht auf Anhieb alle neu gebaut werden können. Dafür brauchen wir ohnehin die Hilfe von den Kommunen, die es vielfach aber leider nicht gibt. Denn um gute Häuser zu bauen, sind Baugenehmigungen nötig. Oder die Erlaubnis, bestimmte Immobilien zu kaufen und umzurüsten. Das ist alles nicht so einfach.

**Was kreiden Sie sich als Branche selbst an? Was haben Sie falsch gemacht?**

Aufgrund der Vielfalt der Branche kann man nicht pauschal sagen, es ist dies oder jenes falsch gemacht worden. Es gibt sicherlich Einzelne, die Dinge ausnutzen, überziehen, Graubereiche ausnutzen oder sogar illegale Dinge machen. Das kann aber weder die Gesamtheit verhindern noch wir als Verband: Wir sind nicht die Polizei, wir sind nicht das Ordnungsamt und auch nicht der Arbeitsschutz.

**Hätte es mehr Kontrollen geben müssen?**

Vielleicht ja. Wichtig ist dafür aber ein klares und eindeutiges Gesetz. Derzeit gibt es noch zu viele Graubereiche. Teils wurden aber auch Dinge als Mängel oder sogar als illegal dargestellt, die es gar nicht waren. Ich kenne zum Beispiel ein Unternehmen, das die Pausenzeiten nicht aufgeschrieben und stattdessen



Heike Harstick vom Verband der Fleischwirtschaft

die gemachten Pausen als Arbeitszeit mitbezahlt hat. Das musste zuletzt geändert werden. Jetzt werden die Pausen auf die Minute elektronisch erfasst – und die Arbeiter haben unter dem Strich weniger Geld in der Tasche. Und darüber waren sie nicht so glücklich.

**Es gibt erste Unternehmen, die schon angekündigt haben, eine Verfassungsklage zu prüfen. Unterstützen Sie das?**

Nicht wenn es um das Verbot der Werkverträge geht. Gegen die geplanten Eingriffe in das Gesellschaftsrecht der Unternehmen würden wir dagegen sehr wohl klagen. Wenn die Passagen im Gesetz so bleiben, werden das viele Unternehmen nicht überstehen. Wobei ich nicht ausschließe, dass einzelne Firmen auch gegen das Werkvertragsverbot vorgehen werden. Denn das kann je nach Betrieb eine große Herausforderung und damit existenzgefährdend werden.

**Warum?**

Zum einen wollen viele Arbeitnehmer gar nicht in der Fleischindustrie festan-

gestellt werden, allein schon, um sich ihre Flexibilität zu erhalten. Denn etliche kommen ja für ein paar Monate zum Arbeiten, gehen dann für einige Wochen zurück in die Heimat, um anschließend wieder für mehrere Monate zum Arbeiten zu kommen. Zum anderen dürfte nicht jeder Werkvertragsunternehmer seine Mitarbeiter mal eben so ziehen lassen. Denn das ist sein Kapital. Und diese Arbeitskräfte können im Zweifel auch in anderen Branchen eingesetzt werden. Wir rechnen daher fest damit, dass es ab Januar einen Arbeitskräftemangel in der Fleischindustrie geben wird und damit auch für einige Monate weniger Produktion.

**Und dann sind die Regale zeitweise leer?**

Naja, jeder Handelskonzern kann auch im Ausland zukaufen. Wir haben schließlich einen gemeinsamen EU-Binnenmarkt. Dann kommt die Grillwurst in Zukunft aus Polen oder den Niederlanden. Was ich aber zur letzten Frage noch ergänzen wollte: Das Aus droht vor allem kleinen regionalen Betrieben, die ja gerade erhalten werden sollen. Denn es gibt viele Schlachtstätten, die nicht jeden Tag arbeiten. Die schlachten vielleicht nur an zwei oder drei Tagen in der Woche und brauchen dafür flexible Fachkräfte, die heute hier und morgen da arbeiten. Das geht dann in Zukunft auch nicht mehr. In Bayreuth gibt es zum Beispiel einen Schlachthof, der von drei verschiedenen Unternehmen tageweise genutzt wird. Auch das geht dann nicht mehr.

**Wie realistisch ist regionales Schlachten?**

Im Kleinen wird es regionale Schlächter sicherlich auch weiterhin geben. Anforderungen und Aufwand bei Themen wie Hygiene, Umweltschutz, Emissionen, etc. sind aber so groß und immens, dass eine flächendeckende Versorgung mit Fleisch auf diese Weise nicht möglich ist. Dann verteilen sich hohe Kosten auf eine geringe Menge. Und dafür gibt es nicht genug Kunden. Die großen Strukturen haben sich nicht ohne Grund herausgebildet. Man kann Strukturentwicklungen nicht aufhalten. Das ist doch in jeder Branche so, sei es Chemie und Pharma oder Auto und Textil. Wenn man das nicht haben möchte, muss man klare gesetzliche Regelungen schaffen, dabei aber auch registrieren, dass wir nicht auf einer Insel leben. Dann wird das Fleisch für die Masse – als zum Beispiel im SB-Bereich von Discountern – künftig aus Holland, Dänemark oder Polen kommen. Und da hat man dann nicht mehr den Einfluss auf die Produktionsbedingungen.